

Medienmitteilung

04.09.2018

NEIN zu «Fair-Food» und «Ernährungssouveränität»

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands Basel hat die Parolen für die Volksabstimmungen vom 23. September 2018 gefasst. Er spricht sich sowohl gegen die «Fair-Food»- als auch gegen die Initiative «Für Ernährungssouveränität» aus. Eine Annahme dieser beiden Begehren hätte für kleine wie grosse Schweizer Unternehmen massive Einschränkungen zur Folge.

Der Arbeitgeberverband Basel lehnt die Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» klar ab. Diese verletzt bestehende Freihandelsabkommen und -prinzipien. Ausserdem würde eine Annahme dieser Vorlage zu neuen bürokratischen Hürden, einem durch Steuern zu finanzierenden Kontrollapparat und somit zu Mehrkosten für die hiesigen Unternehmen führen. Insbesondere kleinere (Familien-) Betriebe könnten die neuen Bestimmungen kaum erfüllen, weil sie nicht über die Ressourcen verfügen, um ihre Produktion umzustrukturieren und die neuen Standards zu erfüllen. Diese Wettbewerbsnachteile haben direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, da von den 70.000 Arbeitsplätzen im Agrar- und Ernährungssektor mehr als die Hälfte von KMU abgedeckt wird.

NEIN sagt der Arbeitgeberverband Basel auch zur Initiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle». Ein Ja zu diesem Volksbegehren würde ebenfalls wichtige internationale Abkommen gefährden und den Zugang zu ausländischen Märkten deutlich einschränken. Eine landwirtschaftliche Planwirtschaft – wie sie die Initiative will – würde zudem das Ende technologischer Innovation bedeuten und zu einem Monopol führen, welches wiederum nur die Preise in die Höhe treiben würde.

Fazit: Beide Initiativen schaden dem Gewerbe und den hiesigen Arbeitsplätzen – gerade in einer Grenzregion wie Basel: Schon heute kauft ein Drittel der Konsumentinnen und Konsumenten im Ausland ein. Mit steigenden Preisen werden noch mehr Schweizerinnen und Schweizer ihr Fleisch und sonstige Lebensmittel im Ausland erwerben. Am 23. September gilt es daher, beide Initiativen abzulehnen.

Zum Bundesbeschluss «über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Velo-Initiative)» hat der Arbeitgeberverband Basel keine Parole beschlossen.

Weitere Informationen:

Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, 061 205 96 00

Der Arbeitgeberverband Basel vertritt die Interessen der Arbeitgeber im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz. Mit über 2'500 Firmenmitgliedern und 20 Verbänden als Kollektivmitglieder ist er einer der grössten regionalen Arbeitgeber-Dachverbände der Schweiz.

Übersicht Parolen Arbeitgeberverband Basel

Abstimmungen vom 23. September 2018

Bund:

Bundesbeschluss «über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Velo-Initiative)»: keine Parole
Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»: NEIN
Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»: NEIN

Kanton BS:

keine Vorlagen

Kanton BL:

keine Vorlagen